



Antrag

der Fraktion der FDP

Umsetzung von "Hartz IV" - Revisionsverfahren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich gegen die Pläne der Bundesregierung aus, den Anteil des Bundes an den Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II von 29,1 % rückwirkend auf Null zu reduzieren.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag in seiner 7. Tagung schriftlich über den Stand des Revisionsverfahrens und das Ergebnis der Überprüfung nach § 46 Abs. 6 Satz 2 SGB II zu berichten.

Der Bericht soll vor allem Angaben darüber enthalten,

1. inwieweit die von der Bundesregierung angenommene Zahl von der tatsächlichen Anzahl der Bedarfsgemeinschaften abweicht;
2. wie sich die Kosten für Unterkunft und Heizung in Schleswig-Holstein entwickelt haben;
3. in welchem Umfang eine anteilige Entlastung der kommunalen Träger in Schleswig-Holstein für Unterkunft und Heizung durch Leistungen des Bundes erfolgt bzw. geplant ist;
4. in wie weit nach Auffassung der Landesregierung die Berechnungen der Bundesregierung zutreffen, dass die Entlastung der kommunalen Träger für Un-

terkunft und Heizung auch dann vorliegen, wenn der in § 46 Abs. 6 Satz 1 SGB II festgelegte Bundesanteil in der Höhe von derzeit 29,1% für die Jahre 2005 und 2006 auf Null reduziert wird;

5. welche Auswirkungen der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzes bei Verabschiedung auf die kommunalen Haushalte in Schleswig-Holstein hat;
6. welche Maßnahmen die Landesregierung ergreifen wird, um Mehrbelastungen von den Kommunen abzuwenden.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion